Stand: 17.11.2026 03:14:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13784

"Bosch Nürnberg erhalten – die Staatsregierung muss jetzt handeln!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13784 vom 30.09.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.09.2026 **Drucksache** 19/**13784**

Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bosch Nürnberg erhalten – die Staatsregierung muss jetzt handeln!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag steht solidarisch an der Seite der Beschäftigten des Bosch-Werks in Nürnberg, ihrer Familien und des Betriebsrats.

Der Landtag stellt fest, dass

– die angekündigte Streichung von 900 Arbeitsplätzen bis Ende 2029 – rund der Hälfte der Belegschaft –ein Kahlschlag ist,

– das Werk auf Raten zu sterben droht, wenn dies umgesetzt wird,

– es inakzeptabel ist, dass der Konzern von den verbleibenden Beschäftigten zusätzlich erhebliche Einsparungen bei den Personalkosten verlangt, ohne selbst Zusagen für Zukunftsprodukte zu machen.

Der Landtag fordert die Konzernführung von Bosch auf, die Abbaupläne zurückzunehmen und mit dem Betriebsrat über eine echte Zukunftsperspektive für den Standort zu verhandeln.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag sowie im zuständigen Ausschuss umgehend zu berichten,

– seit wann ihr bekannt ist, dass Bosch für den Standort Nürnberg alle Szenarien bis hin zur Werksschließung prüft, und was sie seitdem unternommen hat, um den Abbau abzuwenden,

– welche konkreten Schritte sie jetzt unternimmt, um die Arbeitsplätze zu sichern und neue Produkte an den Standort zu holen,

– welche Fördermittel Bosch in Bayern in den vergangenen zehn Jahren vom Freistaat erhalten hat – insbesondere für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik – und an welche Standort- und Beschäftigungszusagen diese geknüpft waren.

Die Staatsregierung, insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, wird weiterhin aufgefordert, die Zukunft des Nürnberger Bosch-Werks zur Chefsache zu machen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Arbeitsplätze in Nürnberg zu erhalten, und insbesondere

– unverzüglich bei der Konzernführung von Bosch vorstellig zu werden und gemeinsam mit Betriebsrat, IG Metall und Stadt Nürnberg einen Standortgipfel einzuberufen – mit dem Ziel, den Stellenabbau abzuwenden, die Beschäftigungssicherung über den 31. Dezember 2026 hinaus zu verlängern und betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– sich mit Nachdruck für verbindliche Zusagen für Zukunftsprodukte in Nürnberg einzusetzen und die Zukunftskonzepte von Betriebsrat und IG Metall aktiv zu unterstützen – aufbauend auf den Stärken des Werks in der additiven Fertigung (industrieller 3D-Druck), der Hochgeschwindigkeits-Metallbearbeitung, der Automatisierung und im Sondermaschinenbau.

Begründung:

Bosch will im Nürnberger Werk bis Ende 2029 rund 900 Stellen streichen – etwa die Hälfte der Belegschaft. Das Werk fertigt überwiegend Komponenten für Verbrennungsmotoren, vor allem Hochdruckpumpen für die Benzineinspritzung, sowie Brennstoffzellentechnik. Zusagen für neue Produkte gibt es nicht; Betriebsrat und IG Metall halten eine Schließung nach 2029 nicht mehr für ausgeschlossen. Der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen läuft am 31. Dezember 2026 aus – die Zeit drängt.

Die Beschäftigten haben seit 2007 immer wieder mit Beiträgen bei Entgelt und Arbeitszeit für ihren Standort eingestanden. Sie dürfen weder die Zeche für einen Strukturwandel zahlen, auf den der Konzern für Nürnberg keine Antwort gibt, noch in einem konzerninternen Preiskampf gegen Werke ohne Tarifbindung ausgespielt werden. Von einem Unternehmen, das mehrheitlich einer gemeinnützigen Stiftung gehört, darf man mehr soziale Verantwortung erwarten.

Nürnberg hat mit der Schließung des AEG-Werks erlebt, was industrieller Kahlschlag für eine Stadt bedeutet. Das darf sich nicht wiederholen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder als Nürnberger und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger als zuständiger Staatsminister dürfen nicht zusehen, sie müssen jetzt handeln.